

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 M., monatlich 22 M., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. September 1920

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobeanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltenen Zelle: Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 109

Gewerblicher Rundblick

(Vortsetzung)

Weitergehend kommen wir auf die Druckereistilllegungen noch einmal zu sprechen. Was in den Nrn. 83, 89, 91, 96 und 101 in sieben Artikeln darüber ausgeführt wurde, war unseres Erachtens genügend aufklärend. Da in Nr. 101 von vorbereitenden gesetzlichen Maßnahmen Mitteilung gemacht werden konnte, hielten wir um so mehr eine Vertagung der Diskussion für rätlich. Wie der Augenschein in dieser Nummer aber lehrt, haben einige Kollegen doch noch mehr zu sagen. Es sind zwei Hamburger, die jedoch einen ganz ungleichen Standpunkt vertreten. „Giordano Bruno“ postuliert ein Dogma, das in unfern Tagen schon gar oft abgewandelt worden ist, und wird deshalb dem Leser nicht viel Neues bieten damit. Sein Landsmann K. B. ist ganz anderer Glaubens, wehrt staatlichen Eingriffen in die privatwirtschaftliche Autokratie und warnt, um schließlich eine eigne Methode. Des Sozialisierens mit staatlicher Oberhoheit in Empfehlung zu bringen, dabei im ganzen auf die Gehilfeninteressen nach feiner Art bedacht. Man wird sie beide mit ihren Ideen wirken lassen können. Unsere Leser bilden ein ziemlich kritisch veranlagtes Publikum, das nicht in jeder Meinungsäußerung oder Auffassungswiedergabe der Weisheit letzten Schluß erblickt. Von dieser Eigenschaft der Buchdrucker wäre den deutschen Arbeitern eine reichliche Abgabe wünschenswert, es könnten dann nicht an sechs oder mehr Enden Wellen mit neuen Wellstücken an ihrem Felle zerren. Eine andre Sache ist es, wie sich der „Zeitungsverlag“ am 17. September mit dieser Materie beschäftigte. Es ist ein längerer redaktioneller Artikel, der so temperamentvoll die vom Reichswirtschaftsministerium bekundete Absicht des Entwurfs einer Verordnung gegen die ungerechtfertigten Betriebsstilllegungen und Abbrüche der Betriebe attackiert, daß man meinen könnte, die Periode der Betriebsstilllegungen sollte nun erst beginnen. Das Zeitungsverlegerorgan, dem sonst eine gewisse Zurückhaltung zur Anerkennung gereicht, offenbart dabei ein solches Verbundenheit im Geiste mit der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, die am 12. September darüber einen Warnungsruf erschallen ließ, daß man froppelt ist. Da kommen Bekennnisse auf, die sonst in dem Zentralarbeitsgeberorgan auch nicht schöner zu finden sind. Der „Zeitungsverlag“ will es aber auf meinen: „Weil wir ein volles Verständnis für die äußerliche und innerliche Lage der erwerbslosen Arbeiter haben, warnen wir dringend vor einem Wege, der gerade für die Arbeiter, ob noch in Arbeit oder schon arbeitslos, zu den bittersten Erfahrungen führen muß.“ Man vermischt jedoch in dem ganzen Artikel einen Satz, der einen praktischen Gedanken aufweist, wie denn den Erwerbslosen wirklich zu helfen ist. Die „produktiven Notstandsarbeiten“ (Arbarmachungen und Moorsraubeuten), die der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ nur nachgesprochen sind, können für mehrere hunderttausend Arbeitslose doch nicht entfernt in Betracht gezogen werden. Solche veraltete Begriffe versagen als Mittel gegen die Massenepidemie jetziger Arbeitslosigkeit. Die Einschränkung, Zusammenlegung und Stilllegung der Betriebe steht der „Zeitungsverlag“ einfach als eine „notwendige Erscheinung der Krise“ an, „die auch die Wunderdoktoren unserer kranken Wirtschaft als eine unvermeidliche Phase des Prozesses werden hinnehmen müssen“. Fürwahr ein netter Trost! Im Zeitungsverlegerorgan zeige sich die Auswirkung der Krise weniger offensichtlich, ob aber ganze Betriebe ihre Seher entlassen müssen oder bei einer größeren Zahl die Verwendung von Material und Maschinen den unlohend gewordenen Eigenatz abläßt, das seien die gleichen Folgen der Arbeitseinschränkung. Wir meinen demgegenüber, daß im Zeitungsverleger das Schlimmste vorüber ist. Die Papierpreise sind annehmbar (wenn auch lange noch nicht genügend) zurückgegangen, das Reich mit seinen Millionenrückvergütungen hilft auch gut, und die Post ist den Zeitungsverlegern mit der abermaligen Verschiebung der ihr aufzubehaltenen Gebührensätze für den Zeitungsvertrieb sehr entgegengekommen. Von „einer Art Nivellierung der

Produktion“ und von der früher auch durch den „Zeitungsverlag“ bekämpften Uniformierung mittels des Materialbezugs kann und darf also bei den Zeitungsverlegern keine Rede sein im Sinne zwingender Zunahme. Es wäre eher an eine Erweiterung des fertigen Seiles zu denken. Die Leser sind schon zu lange auf gar zu kleine Rationen gesetzt. Das sind für die Zeitungen „produktive Notstandsarbeiten“, die bei den jetzigen Bezugs- und Anzeigenpreisen — ihr beginnender Abbau könnte wohl mehr Vorteil als Nachteil bringen — sich diese schon leisten könnten! Wir bestreiten die behauptete zwingende Notwendigkeit für die ganze Tagespresse, Stellung gegen die Absicht des Reichswirtschaftsministeriums zu nehmen; die „besonderen Interessen des graphischen Gewerbes und des Zeitungsverlagsunternehmens“ bedingen das bestimmt nicht. Der „Zeitungsverlag“ hätte an den im „Korr.“ behandelten Fällen von Druckereistilllegungen und Druckereiverblichungen in das Ausland vielmehr eine zwingende Notwendigkeit erleben können, gegen solche Sandlungen Front zu machen. Wenn er in dem Reichswirtschaftsrat eine „Überpannung des Staatsgedankens“ erblickt, so wird damit eine rücksichtliche Auffassung behundet. Wenn er aber gar in der angekündigten Verordnung gegen Betriebsstilllegungen, die Einteilung einer neuen Zwangswirtschaft“ steht, „während es vielmehr an der Zeit wäre, mit den vorhandenen Resten derselben aufzuräumen“ so ist das ein sehr unglückliches Argument gerade vom „Zeitungsverlag“. Nämlich das Organ der Zeitungsverleger und sehr viele derselben halten die Zwangswirtschaft im Zeitungsverleger noch für recht notwendig. Sie haben von dem großen Egoismus im Wirtschaftsstreben bei Beschaffung des Papierholzes gar schlimme Dinge erlebt und dessen Wiederunterstellung unter die Zwangswirtschaft gefordert, als sich die Folgen ihrer Aufhebung so drastisch zeigten. In München hat zudem neulich eine Konferenz von Unternehmern und Arbeitervertretern im Rahmen des Beirats der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe die Beibehaltung der Kontingenterung des Zeitungspapiers gefordert, denn es würde „die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung im gegenwärtigen Zeitpunkt als eine Tat volkswirtschaftlicher Leichtfertigkeit erscheinen lassen, gegen die schärfster Widerspruch erhoben werden muß“. Man muß dazu wissen, wie namhafte Verleger diese Zwangsbewirtschaftung schon verurteilt haben. Dr. Franz Wille hat im Juli einen ganz geharnischten Artikel gegen sie veröffentlicht, hat sie Kurpfuscheri und einen äußerlichen Versuch der Anpassung an die verpönte Planwirtschaft Wiffells genannt, über die der „Zeitungsverlag“ sich in seinem Artikel jetzt abfällig äußert. Das Zeitungsverlegerorgan operiert also höchst unglücklich. Daß es die Aktion der Regierung auf die Stilllegung „eines“ Buchdruckerbetriebs (gemeint ist wohl der Fall Silkenfeld) und auf die danach erfolgte Stellungnahme der graphischen Arbeiterschaft zurückführt, ist auch nicht richtig. Die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, die in Nr. 98 besprochen worden sind, haben den Anstoß dazu gegeben. Daß aber die Proteste der Buchdrucker gegen die Druckereistilllegungen dabei eine nicht unwichtige Rolle gespielt haben, ist wohl anzunehmen. Damit wäre bewiesen, daß die Vertretung der Gehilfenschaft die Interessen ihrer Mandatgeber auch hier gut zu wahren gewußt hat. Der „Zeitungsverlag“ wird das nicht nur in dieser Beziehung noch zu konstatieren haben.

Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nannten wir am Schluß des ersten Artikels das noch den andern Notwendigkeiten vorangehende Erfordernis. Die Prinzipalinteressen werden eine andre Reihenfolge verlangen. Das Organ der Zeitungsverleger hat ja schon den Lehrsatz von dem unentrichtbaren Satum aufgestellt und das Recht der Betriebsstilllegungen als unveräußerlich proklamiert. Wir sind ihm darin entschieden entgegengetreten. Das freie Wirtschaften hat nur bis zu einem ganz bestimmten Grade Berechtigung. In seiner überwiegenden Bedeutung ist es der organisierte Krieg der wirtschaftlich Stärkeren gegen die Schwachen Abhängigen und muß deshalb unter Kontrolle gestellt werden. Der Staat hat

sich während des Krieges und nachdem, wie mit seiner Kriegs- und Zwangsbewirtschaftung hinlänglich dargelegt, dazu als wenig befähigt erwiesen, weil er den Kriegskapitalismus und die kapitalistische Ausbeutung der Notlage von vornherein nicht zu verhindern vermochte, oder wo doch, dann nur in recht ungenügender Maße. Die Produktionskontrolle durch die Arbeiter müßte der Kontrolle durch den Staat den eigentlichen Inhalt geben. Das ist aber einmal nicht so leicht, wenn auch keineswegs unmöglich, andererseits muß mit großem Widerstande der Unternehmer gerechnet werden. Der in Italien eingeschlagene Weg — worüber noch zu sprechen sein wird, wenn man der Redaktion mehr Raum läßt durch Vermeidung zu lang ausgehender Diskussionen über kürzer zu erledigende Thematika sowie Beschränkung der Kontroversen — hat bis jetzt erkennen lassen, daß die in Deutschland begangenen Wege auch nach Rom führen können. Das Betriebsrätewesen in seiner höheren, später zu erreichenden Form wird das zu einem Teil ermöglichen. Einrichtungen wie der Reichswirtschaftsrat werden in ihrem Ausbau das andre Mittel abgeben. Die Gewerkschaften aber mit ihrem zentralen Überblick und Organisationsvermögen dürfen wohl den Hauptfaktor bilden. Das zusammenwirkend und das Unternehmertum wohl über übel einschließend in dieses Mühlenwerk, kann etwas ganz andres erreicht werden als von den sogenannten Wiederaufbauparteien im politischen und wirtschaftlichen Leben, die im Vereine mit einer Regierung ihres Vertrauens uns nur noch tiefer in den Sumpf gebracht haben. Nicht eine Minute freilich darf die Arbeiterschaft die furchtbare Lage Deutschlands durch das Diktat von Versailles und seine noch verschlimmernden Nachträge außer Betracht lassen. Ebenso wenig darf von den andern Seiten aber übersehen werden, daß die sogenannten hohen Löhne gar nicht das Werk der Arbeiter sind, sondern auf den heillosen Egoismus beruht zurückgeführt werden müssen, die, wie die Jahresabschlüsse und sonstige Geschäftselbnalide es genügen zeigen, unter allen Umständen und in den schlimmsten Situationen des Landes und Volkes immer noch gut und zu einem beträchtlichen Teile sogar sehr gut zu verdienen wüssten. Die man zum Scheine des Gerechten wohl auf dem Papier hart anläßt mit der Steuerkrone, deren Kraft und fadelloser Funktionieren bis jetzt aber faktisch nur die Arbeiter und Angehörigen zu spüren bekommen haben. Die Übersteuerung auf allen Gebieten ist es vor allen Dingen, was einer allgemeinen Beschaffung von Arbeitsgelegenheit am hinderlichsten ist! Hier Wandel zu schaffen, das wäre die produktivste Erwerbslofenfürsorge! Wenn wir in dem ersten Artikel davon sprachen, daß allein in unserm Verband über 3 Proz. der Mitglieder völlig arbeitslos sind und über 10 Proz. verkürzt arbeiten, dann ist leider dem jedesmaligen „über“ ein weiter Spielraum zu lassen, denn diese errechneten unfernen Zahlen sind entsprechend dem Stande des Arbeitsmangels vor einigen Wochen. Inzwischen haben sich die Dinge wesentlich ungünstiger gestaltet, können aber noch nicht mit einem ziffernmäßigen Gradmesser belegt werden. In den andern graphischen Gewerben steht es nicht besser, zum Teil sogar noch schlechter. Der Buchbinderverband konnte haben seine Arbeitslosenstatistik schon für den August veröffentlicht. 5,09 Proz. waren von der Gesamtheit der Mitglieder arbeitslos und 18 Proz. arbeiteten außerdem verkürzt. Bei den weiblichen Mitgliedern ist in beiden Fällen der prozentuale Anteil niedriger. Die wirtschaftliche Depression hat dort sehr starken Fortgang genommen und hat eine solche Stärke erreicht, daß auf der Generalversammlung des Berliner Vereins der Buchbinder in der vorigen Woche dessen radikale Zeitung erklärte, angelehnt der sehr schwierigen Lage im Gewerbe wären Lohnkämpfe nicht mehr durchzuführen. Viele schwerwiegende Ausstellungen muß man richtig dahin verstehen, daß dem seit Mal gehenden Würgen um eine neue Zeitsungsulage nicht mit einem Kampf ein Ende gemacht werden kann, was übrigens vor einigen Wochen eine Berliner Versammlung schon einmal durch Abstimmung zum Ausdruck gebracht hat, während man in Leipzig ohne weiteres von der Ultima ratio abließ. Fallsächlich

haben aber unsere Schwager durch einen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums sowie dessen Verbindlichkeits-erklärung ein verbleibendes Recht mit rückwirkender Kraft auf eine neue Steuerungsulage. Die Hauptorganisation der Buchbinderprinzipale heft sich, wie früher schon mitgeteilt, nur nicht an alle diese Verpflichtungen. In Leipzig hat die Gehilfenschaft gemäß der Verbindlichkeitsklärung die Vollstreckbarkeit der ausgesprochenen Lohnerhöhungen beim Gewerbeamt beantragt, das aber erklärte sich unzulässig. So haben die Buchbinder wohl einen Reichs- tarif, können aber keine neuen Steuerungsulagen durchsetzen. Mit den Buchdruckerprinzipalen zu einem Sonderarbitrage gelangt, konnte trotz mehrfacher Verhandlungen nicht erreicht werden, weil nach Mitteilungen der „Buchbinderzeitung“ vom 26. September der Deutsche Buchdrucker- verein den von ihm auf das Tapet gebrachten Manifest- tarif für das graphische Gewerbe als kommod vorzieht. Die Buchbinderorganisation hat darauf der andern Seite eröffnet, daß dann eben eine tariflose Zeit bestehe mit Aktionsfreiheit für jeden Teil. So schwierig also auch die Lage der Buchdrucker ist, in den Wohnverhältnissen und ihrer Durchsetzung sind wir im graphischen Gewerbe noch immer an der Spitze. Die Beschaffung von Arbeits- gelegenheit ist wohl überall eine aktuelle Frage, aber auch sie weist Differenzierungen auf. Im Buchbindergewerbe zeigt sich nicht allein der Rückschlag von der Krise bei uns, die jedoch hier nur zu einem Teile zurückwirken kann, sondern die Preisbildung ist an der so starken Depression auch schuld, denn die Steuerungsulagen sind im Buchbindergewerbe noch höher gestiegen als bei uns. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bei den Buch- druckern hat mancherlei Möglichkeiten erwogen und zum Teil auch praktisch erproben lassen. Soweit die Gehilfen hierfür allein in Betracht kommen, ist es vor allem die noch stärker betriebene Vermeldung von Überstunden, um so zu Mehrerstellungen zu kommen. In Dresden geht man jetzt daran, vom Stammpersonal turnusweise aus- zusehen zu lassen, dafür werden längere Zeit arbeitslose Kol- legen untergebracht; die erlernten erhalten die kommutal oder organisierte in Betracht kommende Arbeitslosen- unterstützung. In verschiedenen Druckfabriken haben sich die Leistungen der Prinzipale und der Gehilfenorganisation oder die beiderseitigen Tariffunktionäre in der Tagespresse an das Publikum gewandt und um Druckaufträge gebeten. Der letzte Fall ist uns aus Steffin bekannt geworden, wo von 380 Gehilfen 51 schon längere Zeit (bis zu 29 Wochen) arbeitslos sind und in einer Reihe von Betrieben außer- dem verkürzt gearbeitet wird (24 Stunden). Steffin hat somit 13,4 Proz. Vollarbeitslose! Die Prinzipale wirken also schon helfend mit, indem sie sich an diesen oder jenen Maßnahmen beteiligen. In Berlin haben die Geschäftsleitung und das Betriebsratskollegium einer Großbuchdruckerei die Empfehlung hinausgegeben, in jeder Woche einen Tag blaugumachen. Wird so selbst unter persönlichen Opfern der Arbeitenden der gute Wille gezeigt, zu helfen, dann hat die Gehilfenpartei Vorzüge zu treffen, daß in be- stimmten Experimenten bei der diesmaligen Tarifberatung nicht zu weit gegangen wird, sondern Hinausschiebung bis zu einem andern Zeitpunkt in besserer Zeit stattfindet. Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit drängt sich ganz von selbst die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf. Darüber wird nach Veröffentlichung der Anträge zur Tarifberatung zu sprechen sein. Eine andre, wohl noch größere Möglichkeit liegt bei den Prinzipalen und andern Faktoren; die Gehilfen können da nur der drängende Dritte sein.

Da wir nicht jede Nummer mit einer Beilage er- scheinen lassen können, wenn das auch ohne großes Ab- legen manchmal verlangt oder durch die vielen Artikel- einbindungen unausgesprochen von uns erwartet wird, müssen wir den gewerblichen Rundblick noch auf eine dritte Nummer ausdehnen.

Betriebsstilllegungen — Betriebs- auflösungen

Nachfolgenden Artikel hatte ich bereits geschrieben, als mir die Nr. 96 des „Korr.“ mit ihren drei Artikeln zu diesem Thema zu Gesicht kam. Es kann nicht aus- bleiben, daß je nach dem Standpunkte, den man einem Vorgange des täglichen Lebens gegenüber einnimmt, auch das Urteil über denselben danach ein unterschiedliches sein muß. Ich habe deshalb verucht, mich abseits von Gut und Böse zu stellen. Inwieweit mir dies gelungen ist, möge der Leser beurteilen.

Die vorausgeschickten Schlagworte haben zur Zeit bei den Arbeitnehmern der Buchdruckerwelt einen unliebsamen Klang. Auch mit Recht. Teures Papier, Krawattenrän- kung und manches andre, auch nicht zum letzten die not- wendigerweise höher gewordenen Löhne, haben schon seit langem dazu geführt, daß der Beschäftigungsstand in den Druckereien recht erheblich zurückgegangen ist. Zu den aus diesen Ursachen arbeitslos Gewordenen gesellen sich nun noch diejenigen, die in den letzten Stillgelegten und aufgelösten Betrieben bisher in Stellung gewesen sind. Wenn auch ein gewisser Prozentsatz notwendigerweise von den Druckereien eingestell wird, die die Kundschafft der

eingegangenen Betriebe an sich zogen, so wird doch ein großer Teil recht lange arbeitslos sein und ein anderer kleinerer Teil vielleicht nie mehr im Beruf unterkommen können, weil er weniger leistungsfähig ist.

Viele traurige Tatsache muß heute, im Zeitalter der Betriebskrise, in der organisierten Arbeiterchaft ohne weite- res den Wunsch zeitigen, dagegen etwas von Gesetzes wegen zu tun und den Druckereibestehern das Recht freilich zu machen, mit ihren Betrieben zu tun und zu lassen, was ihnen gut dünkt. Daß die Arbeitgeberchaft auf einem entgegengelegten Standpunkte steht, ist nur zu natürlich. Wenn es bei den bislang erfolgten Auflösungen bliebe, so ließe sich die Sache vielleicht noch erfragen, aber wie eine Krankheit sich ausbreitet, wenn nichts dagegen getan wird, so ist es auch in dieser Sache. Darum ist es sehr zu be- trauern, daß im Falle Sittenfeld erstmalig wenigstens ein Modus gehalten wurde, der ein Recht der Arbeiter prak- tisch fest umgrenzt, das bisher nur ideell bestanden hat. Absolut verhindern können natürlich diese Maßnahmen die Auflösungen nicht, denn in Zukunft werden die Ver- anstalter solcher Praktiken etwas vorsichtiger zu Werke gehen und auch wohl die Auszahlungen an das Personal bei der Preisgestaltung berücksichtigen. Betriebe, bei denen es sich nicht lohnen wird, sich diesen erschwerenden Um- ständen auszuweichen, werden in Zukunft wohl nicht mehr in trivialer Weise aufgelöst werden. Und eine dauernde Stilllegung ohne eine sich daran anschließende Auflösung ist für die Inhaber eines Großbetriebes ein zu teurer Spaß, für Kleinbetriebe überhaupt nicht praktikabel durchführbar.

Aber trotzdem dürfte es genug Kleinbetriebe geben, deren Inhaber, durch die Zeitverhältnisse beeinflusst, sich wohl mit dem Gedanken tragen mögen, ihren Betrieb regelrecht auszuverkaufen. Man kann dem Geschäftsmann von heute billigerweise solches Denken auch nicht ver- ragen. Trotz hochentwickelter Tarifgemeinschaft, trotz hervorragend gut ausgearbeiteter Preisberechnungstabellen und vielfacher Belehrung in dieser Hinsicht blüht die Schmutzkonkurrenz wie nie zuvor. Die Konkurrenz an sich schon und erst recht ihre Auswüchse sind in den meisten Fällen mit die Ursache des rigorosen Verhaltens vieler Prinzipale. Von allen Seiten gedrückt, mit einem dem Auge entwindenden Ziele vor sich, können sie keine Freude mehr am Berufe haben und müssen das sein und werden, was sie sind, nämlich mitteilungslose Profitjäger. Bei einer gewissen Entwicklung des Geschäfts beginnt die Rücksichtslosigkeit gegen Schriften, Maschinen und — Mit- arbeiter. Das ist nicht weiter verwunderlich und wird auch immer so sein, solange als ausschließliches Endziel des Weges, gewissermaßen als Schriftmacher, der gelbliche Nutzen steht. Die heutige kapitalistische Weltordnung zwingt dazu. Wer in diesem Weltlaufe nicht mit ge- nügend Egoismus ausgerüstet ist oder das Endziel, den ge- schäftlichen Nutzen, aus dem Auge verliert, der wird zurück- bleiben und sich und die Seinen nicht ernähren können.

Aus diesen Ursachen heraus entwickeln sich die Ge- schäftsaufösungen, denen von Gesetzes wegen keine Sinder- nisse in den Weg gelegt werden können. (Das wird sehr abzuwarten sein. Red.) Da aber das Ausland viel höhere Preise zahlen kann als irgendein inländischer Käufer, so werden trotz aller Auszubehinderungen wohl noch viele Druckereieinrichtungen für Deutschland verloren gehen. Weil zur Zeit aber Deutschland noch ein Rechts- staat ist und hoffentlich auch bleiben wird, in dem einem jeden Staatsbürger die Rechte zugestanden werden, die ihm von Gesetzes wegen zukommen, haben Gesetzes- vorläge, die einem Teile dieser Staatsbürger diese Rechte schmälern würden, keine Aussicht, jemals Gesetzeskraft zu erlangen. (Das wird sich in unserm Falle als Irrtum er- weisen. Red.) Die Revolution, die uns die Republik gebracht hat, hat unvire Ansichten über den Begriff des Eigentums bislang nicht zu ändern vermocht, wie die vielen zum Teil recht hohen Entschädigungsbewilligungen an die augenblicklichen Inhaber der Bergregale, die bei der geplanten Sozialisierung des Kohlenbergbaues vor- gesehen sind, beweisen. Wohl hat das Betriebsrätegesetz die Rechte des Unternehmers in etwas beschnitten, gerade dort aber, wo es für den Arbeitnehmer in Fragen der Betriebsauflösungen zweckdienlich gewesen, dieselben un- angefasst gelassen, eben aus Gründen unsrer Ansichten über das Eigentum. Und auch sonst ist es zu verstehen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Der Be- trieb ist für den Unternehmer das, was für den Arbeiter sein können und seine Arbeitskraft sind, nämlich Mittel zur Erlangung seines Lebensunterhalts. Und so wenig bei uns ein Arbeiter gezwungen werden kann, zu ar- beiten (in der Theorie natürlich), so wenig kann der Unternehmer gezwungen werden, die Arbeitsgelegenheit unter allen Umständen offen zu halten. Wenn wir einen Staat bildeten, in dem die Arbeiter ausschließlich zu sagen hätten, so könnten die Unternehmer ja gezwungen werden, ihren Betrieb offen zu halten. Das wäre aber in seinen Folgen ein ganz unnatürlicher und unbilliger Rechts- zustand, weil alsdann auch wirklich unrentable Betriebe bestehen bleiben müßten. Wohin das führen würde, kann man sich leicht denken.

Wir wollen den Fall einer Betriebsauflösung einmal von einem möglichst unparteiischen Standpunkt aus be- trachten. Gesetzt den Fall, in dem Betriebe, der zur Stilllegung und Auflösung kommen soll, wäre nur ein Personal vorhanden, das bei der Gründung des Betriebs eintrat und die ganze Aufwärtsentwicklung desselben mit durchgemacht hätte, so wäre der Inhaber unbedingt mo- ralisches verpflichtet gewesen, sein Personal von seinen An- sichten in Kenntnis zu setzen und ihm die Möglichkeit zu lassen, den Betrieb zu erwerben oder wenigstens zeitig genug für anderweitige Unterbringung der Mitarbeiter ernstlich besorgt zu sein. Außerdem hätte er auch noch die Pflicht gehabt, einen mehr oder weniger großen Teil

seines Gewinnes aus dem Verkaufe den Mitarbeitern zu- zuwenden, weil sie doch tatsächlich alle mitgeholfen hatten, den Betriebswert zu schaffen. Aber ein solcher Fall kommt wohl kaum vor. Er ist aber auch gar nicht notwendig, um einen Entschädigungsanspruch der Arbeiter bei Be- triebsstilllegungen und Auflösungen erst zu begründen. Jeder ordentliche, fichtige und fleißige Arbeiter hat an seinem Teile zu der Gesamtentwicklung des Gewerbes, dem er angehört, mit beigetragen. Heute hat er vielleicht hier geschafft, übers Jahr dort. Sicher hat er nirgends zu viel verdient. Er würde immer, wenn er am tatsächlichen Geschäftsgewinn beteiligt gewesen wäre, ein mehr oder minder großes Stück Geld mehr zu beanspruchen gehabt haben. Dieses Gesamtmeer der Arbeiterchaft eines ganzen Gewerbes in einem Lande, in unserm Falle der Buch- druckergehilfenschaft Deutschlands, ist mit enthalten in dem Gesamtvermögenszuwachs der deutschen Buchdruckerei- bester, soweit sie überhaupt Gehilfen oder Belehrlinge beschäftigt haben. Wenn nun auch die Gehilfenschaft kein Recht hat, den Prinzipalen ihren einseitigen Interessen- standpunkt zu verleiern, so hat sie doch als notwendiger und gleichberechtigter Partner bei den Lebensfragen des Gewerbes nicht nur ein Wortchen, sondern eine ganze Menge Worte mitzureden. Und die richtungslose Aus- schaltung einer Reihe von Großbetrieben ist eine Lebens- frage sowohl für die Gehilfenschaft wie für die übrige All- gemeinheit, weil durch die jetzt bestehende Erwerbslosen- fürsorge die gesamte Steuerzahlerchaft an der Erhaltung möglichst vieler Arbeitsgelegenheit interessiert ist!

Die beruflichen Vertreter der Arbeitnehmerchaft müßten da der Veräußerung eines Betriebes seitens seiner Be- sitzer nichts Ernstliches in den Weg gelegt werden kann, bei der Regierung mit tüchtigster Verschleunigung dahin vorstellig werden, daß der Arbeitnehmerchaft eines Be- triebes oder deren beruflichen Gesamtvertretung ein Ver- kaufsrecht zugestimmt würde zu einem Preise, zu dem der jeweilige Betrieb im Inland einen Käufer findet. So- dann muß eine Verordnung angefertigt werden, daß den Betrieben, die auf diese Weise gewissermaßen sozialisiert würden, ein möglichst großer Teil an Regierungsarbeiten zugewandt wird, weil vorläufig mit einer gewissen Ab- neigung seitens der bisherigen Kundschafft zu rechnen ist. Ihnen müßte so viel Arbeit aus öffentlichen Stellen zu- fließen, daß sie lebensfähig blieben. Eine Stellung unter behördliche Aufsicht wäre nicht zu umgehen, damit die Vermutung einer einseitigen Begünstigung bei den Prin- zipalen nicht aufkommen könnte. Man könnte sich die Sache aber auch so denken, daß derartige Betriebe durch die Organe der Arbeitgeber- und -nehmerchaft paritätisch weitergeführt würden, also durch den Deutschen Buch- druckerverein und den Verband der Deutschen Buchdrucker. Dann wäre die Frage der Lebensfähigkeit ohne weiteres gegeben und eine Menge recht heikler Fragen gelöst. Auf alle Fälle hätte die Belehrlingsausbildung ausschließlich in diesen paritätisch geleiteten Betrieben zu erfolgen, und der fortgeschrittene Belehrling käme als Konkurrenz für den Gehilfen in Fortfall. Es müßten wirkliche Mutterbetriebe werden. Werke der Volkshochkultur, die bislang der hohen Kosten wegen nicht gedruckt werden konnten, wären auf dem Wege des Verlags der großen Masse des Volkes er- reichbar zu machen. Eine Benachteiligung der im Privat- besitz befindlichen Druckereien würde durch diese billigere Preisgestaltung wissenschaftlichen Autorenwerken gegen- über nicht stattfinden, weil ja diese Druckereien Allgemein- gut der deutschen Buchdruckerwelt wären.

Dann brauchten uns Druckerbelehrlinge aus guter aller Zeit, wie der „Korr.“ sie neulich unter dem Titel: Der „Königliche Buchdrucker von Antwerpen“ (Christoph Plantin) brachte, nicht mehr wehmützig zu stimmen, weil sie nur Epilode waren. Denn wir können mit einiger Sicherheit annehmen, daß mit der vorgeschlagenen Lösung eine bessere Zeit für unser Gewerbe anbrechen würde.

Samburg. K. B.

Unternehmerabotage, Arbeiterklasse und Ausweg

Giesho: Aber lustig weg, Landsmann. Hab uns ausziehen wie lustige Erben, die heulend hinter der Bahre gehen und desto lauter ins Schnup- luch lachen. Schiller.

In diesem Worte spiegelt sich durchaus die Methode, die das Bürgertum nach dem großen Kladderadatsch, nach dem durch die Vernichtung und Verschleuderung der Mil- lardenwerke im Arzte hervorgerufenen wirtschaftlichen Zusammenbruch angewendet hat. Durch seine parlamen- tarischen Rechtsanwält, durch die bezahlten Prebendaten und den sonstigen Trudel unbefertigter Wortführer versucht man, der Arbeiterklasse ihre „Ergeblichkeit“ und ihr „Ver- brechen“ begrifflich zu machen. Die herrschende Klasse hatte ihre Gerichtsschloß auf einen Ton gekimmert, der den Heterotypen Ruf wiedergab: „Arbeiten und nicht ver- zweifeln!“ Wo die ausgemergelten Proletarier sich gegen die kapitalistische Knechtschaft sträubten und zum letzten Mittel, zum Streik, griffen, hatten Maßnahmenemehre und Panzerautos „Ordnung“ schaffen, und auf den Knochen der Arbeiterklasse wurde der Tanz um das goldene Kalb fortgesetzt.

Mit welchem Ernst aber dieser Ruf des Unternehmers- tums nach Mehrarbeit und das Geben an die Arbeiter- schaft zur Rettung der deutschen Wirtschaft aufzunehmen ist, beweisen die Artikel im „Korr.“, die einen empörenden Ausbruch der Buchdruckerkollegen über die geschäftliche Unverfrorenheit gewisser Buchdruckereibesitzer darstellen. Die Betriebsstilllegungen beweisen, welcher großer Wider- spruch aufkalkt zwischen dem Ausbau der Wirtschaft und der Wahrung kapitalistischer Interessen. Die heutige Wirt- schaftskrise, die die Arbeitslosigkeit im Gefolge hat, ist

durchaus international zu werfen: sie ist eine Weltkrise, und also nicht auf Deutschland beschränkt. Das lassen allein schon die Valutaerscheinungen mit ihren Schwankungen, mit ihrem stetigen Auf und Ab erkennen, die auch jenseits des Endes die Möglichkeit der Gewinnung großer Profite durch Verschleppung der Produktionsmittel ins Ausland gestatten.

Der Kreislauf geht in folgender Weise: Durch das Sinken der Valuta und das Sinken des Kredits im Ausland steigt der Wert des ausländischen Geldes im Verhältnis zum deutschen ungebührlich. Die Preise der Waren im Inlande steigen nur immer langsam, von Stufe zu Stufe. Die Beziehungen zum Ausland sind aber in starkem Maß abhängig von dem Vertrauen ausländischer Kapitalistenkreise auf ihren Gewinn beim Kaufe deutscher Waren. Wenn man die Preisangebote ausländischer Firmen während einer solchen Valutamirre umrechnen in deutsches Geld, ergeben sich ganz ungeheure Summen, die selbstverständlich bewirken, daß der deutsche Kapitalist ein menschliches Kribben fühlt, alles verkauft, was nicht niels- und nagelfest ist und außerdem versucht, die Produktion aufs höchste zu steigern, um bei der Ausfuhr der neuen Produkte Riesengewinne einzustreichen. Deshalb also in solchen Augenblicken das Besondere nach Erhöhung der Produktion, nach Erhöhung der Arbeitsleistung, wobei man, um die Wirklichkeit dieses Besonderen zu erhöhen, der Profitier ein vaterländisches Mäntelchen umhängt. Sobald aber die Produktion erhöht wird, steigt die Valuta, der Profit beim Ausverkauf sinkt, der Absatz stockt, weil die Preise deutscher Waren sich den Weltpreisen anpassen. Die unfließende Folge davon ist, daß die Produktion zurückgeht und neue Massen von Arbeitern im Stand der industriellen Reservearmee untergehen. Die Produktionsstockung ruft ein neues Sinken der Valuta hervor, neues Fetergeheiß, gesteigerte Produktion, Umschmelzen des Goldstroms, Stockung des Absatzes, Sinken der Produktion, und neue Massen der Arbeiter fliegen auf die Straße. So paukt das Schicksal den Arbeitermassen unweilwiegend mit grauer Fronte die Molekell kapitalistischer Wirtschaft ein. Und die Wirtschaft geht selbstverständlich immer mehr mit rasender Geschwindigkeit dem Abgrund zu, da zu einer Zeit, in der die Profite wanken, nicht halbgemacht wird nach dem Verkaufe von Konsumtionsmitteln, sondern auch die Produktionsmittel, deren Besitz bei einem Aufbau der Wirtschaft Voraussetzung ist, gehen den Weg über den Dcean.

Die Schließung der Betriebe ist eine Fetererscheinung in diesem Kreislauf. Sie reißt sich würdig ein in jene Fronte, die von der Humanität und der christlichen Liebe kapitalistischer Weltordnung Zeugnis ablegt. Der Weg kapitalistischer Wirtschaft ist klar vorgezeichnet: an seinem Anfang und Ende fern Armut, Grausamkeit und blutige Raubtier Organe. Denkmäler des Hungers säumen die Straße, in glänzenden Karossen aber fährt ein lautes Parasitenium vorüber.

Wo ist ein Ausweg? Wenn wir diese Frage beantworten wollen, müssen wir erst erkennen, welche historische Rolle die kapitalistische Produktionsweise in der Menschheitsentwicklung spielt. Die heutige Wirtschaftsordnung ist nicht etwa Zufalls- oder einseitige Gewinnung, wie der Kollege Reichsbach, ein ganz nativer Sophist, meint. Welche Konsequenzen würden aus seinen Ausführungen erwachsen! Das heutige System ist ein einzelnes Glied aus der Entwicklungskette, ein historisch-notwendiges Glied, das unübergebar ist. Und das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise wird einmal zu seiner eignen Überwindung und zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung führen, auch dann, wenn der Kollege Reichsbach, ein neuer St. Georg, dem Drachen „kapitalistischer Egoismus“ noch nicht den Garaus gemacht hat. Auch das Abel der Betriebsbeschränkung und -stilllegung, als Teil des kapitalistischen Systems, als Teil seiner Anwendung und Organisierung im egoistischen „Sinne“, wird durch einen Teil seiner eignen Naturgesetze, durch Gewalt, durch politische Macht beseitigt. Das haben alle Kollegen, die zu der Sache Stellung genommen, unklar erkannt. Die Redaktion schrieb in dieser Frage zum zweitenmal*:

„Daß nicht mehr erreicht werden konnte, liegt hauptsächlich an der Unzulänglichkeit der den behördlichen Stellen zulegenden Beschlüsse. Im Reichswirtschaftsrat ist ja nun endlich ein Anfang zur Änderung gemacht worden.“

Daselbe wiederholt auch der Kollege Ciupalaki:**

Der Artikel des „Korr.“ (Nr. 91) über „Unternehmerabgabe“ erscheint mir da richtiger. Er trägt mancherlei zu dieser Frage bei und legt vor allem den Finger in die Wunde, indem er sagt, es heißt noch an der gesetzlichen Handhabung gegen die Betriebsstilllegungen: es müßte den Unternehmern die schrankenlose Freiheit über ihre Betriebe in dieser Hinsicht begrenzt werden usw. Diese Stimmen sind das Echo eines Artikels von Rudolf Wissel, der die Notwendigkeit der Eingriffe durch politische Macht ebenfalls erkannt hat, aber doch noch an überlieferter Gedankengängen festhält. Er schreibt:***

Was wird in ihm (dem Berichte des Reichswirtschaftsrats) gefordert? Zunächst Maßnahmen, die einer Stilllegung und dem Abbruch von Betrieben entgegenwirken sollen. Es soll nicht mehr in der Macht der heute für solche Maßnahmen allein Zuständigen liegen, ob sie aus irgendwelchen privatwirtschaftlichen Gründen den Betrieb schließen oder fortführen. Dazu soll es der Entscheidung einer öffentlichen Stelle bedürfen. . . . Aber immerhin, der Reichswirtschaftsrat hat . . . jetzt schon

gezeigt, daß er ein Organ zur Wahrung der allgemeinen Interessen in hohem Maße werden kann. . . . Jetzt liegt es an der Regierung, die Maßnahmen aus den ihr unterbreiteten Beschlüssen zu ziehen. Wie lange wird es dauern, bis sie die gesetzlichen Grundlagen für die geforderten durchgreifenden Änderungen den gesetzlichen Faktoren zur Vorlage bringt?

Darin steckt ein starker Utopismus, vom Reichswirtschaftsrat die Durchführung irgendwelcher Forderungen im Interesse der Arbeiter zu verlangen; einmal, weil die Zusammenlegung derselben durchaus grobkapitalistisch oder kleinstädtisch ist, und zum andern, weil ihm nicht die geringste Macht zur Verfügung steht. Aber nur durch die politische Macht, durch den Träger dieser Macht, also durch den Staat, lassen sich Arbeiterforderungen verwirklichen.

Was ist jedoch der Staat? Diese Frage ist in letzter Zeit innerhalb der sozialistischen Bewegung oft aufgeworfen worden, und die Meinungsverschiedenheiten darüber, die selbstverständlich noch tiefere wirtschaftliche Ursachen haben, sind zum Teil auch Anlaß zur Spaltung innerhalb der politischen Arbeiterbewegung geworden. Der wissenschaftliche Sozialismus gibt uns eine Antwort, die auch heute noch gilt: „Der Staat ist das Produkt und die Ausprägung der Unverträglichkeit der Klassen gegenüber.“ Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft, ein Apparat der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der andern Klasse. Er erhebt die Herrschaft und Ausbeutung zum Gesetz und gibt ihr dadurch die ethische Wehse. Zur Unterdrückung der andern Klasse und zur Wahrung und Erweiterung der Interessen der in ihm organisierten Kapitalistengruppe gegenüber andern Kapitalistengruppen, andern Staaten schafft der Staat sich Unterorgane: das Heer, die Polizei, die Gerichte und die Schulen. Wenn also das Proletariat seine wirtschaftlichen Ziele durchsetzen und seine historische Aufgabe erfüllen will, muß es die politische Macht erobern, muß es den bürgerlichen Staat zerklümmern und sich selbst als Staat organisieren. Seine Staatsform muß eine besondere Gestalt haben; eine Gestalt, die dem Proletariat die Durchführung seiner wirtschaftlichen Ziele ermöglicht.

Wenn also der Staat ein Werkzeug der herrschenden Klasse ist, wird er nicht Maßnahmen zur Vermeidung der Stilllegung von Betrieben anordnen und durchführen. Wenn er sich scheinbar dazu herabläßt, so sind diese Maßnahmen durchaus Palliativmitteln, die sich bei näherem Zusehen als Schwindel erweisen. Oder ob Wünsche und gute Worte den Mähren zu bleichen vermögen? Wieleicht ist es ja möglich, wenn man mit den himmlischen Heerscharen oder auch mit dem Teufel einen Pakt abschließt. Heute aber, die sich nicht auf solche Eventualitäten einlassen, sondern die ganze Vergangenheit definieren und aus dieser Definition des Beweisen Richtlinien des Handelns für das Werden ziehen, werden aus den Ereignissen und Erscheinungen der Gegenwart, auch aus den Betriebsstilllegungen, ein ganz bestimmtes Symptom erkennen. Diese Erscheinungen zeigen nämlich, daß die kapitalistische Produktionsweise hinter den Anforderungen der Produktivkräfte zurückgeblieben ist, daß also ein neues System der Produktion zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden ist. Heute gilt mehr wie je das Wort: „Am Anfang war die Tat.“ Und die Tat der Arbeiterklasse wird sein, daß sie versucht, die Kontrolle über die Betriebe zu erlangen und die ganze Produktion in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Alles andre ist Sisyphusarbeit!

Hamburg. Giordano Bruno.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. Am 1. Oktober 1920 kann Kollege Hugo Lewinski aus Berlin auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Nach beendeter Lehrzeit bei der Firma Dr. Heile („Publicist“) arbeitete er in mehreren Berliner Druckereien, bis er 1887 in der „Volksischen Zeitung“ landete, wo er noch heute, nach der Übernahme durch Wolff & Co., tätig ist.

□ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. In der Druckerei des „Echo vom Hochsitz“ in Neustadt i. Schwarzwald erhielt das Personal (einschließlich Lehrling und Zeitungsträgerinnen) wie in den beiden vorhergehenden Jahren auch diesmal wieder eine einmalige Zulage von 100 Mk. — Die Firma Schellenberg in Wiesbaden, Verlag des „Wiesbadener Tagblatts“, die sich schon öfter durch soziales Verhalten ihrem Personal gegenüber auszeichnete, gabte aus ihrer Unterstützungskasse dem gesamten Personal einen einmaligen doppelten Wochenlohn aus.

Berufung in ein Lehramt. Kollege Oskiff Fischer in Nürnberg wurde am 15. September als hauptamtlicher Lehrer für die theoretischen Fachkurse an den Seherklassen der dortigen Fortbildungsschule und an den Volkshilfskurse (Wohlfühlkurse für Seher) berufen.

Ernennung. Der frühere Buchdrucker sindern in Erfurt wurde zum Ministerialrat im Reichspostministerium ernannt.

Zeitungsgewerbe und Zwangswirtschaft. In einer Konferenz der Wirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe, die am 17. September in München stattfand, wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, in der

anwesend sind: die Vertreter des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger, der Verbände der evangelischen und halboberlichen Sonntagspresse, der Zeitungsdrukpapierindustrie, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, des Verbandes der Buchdruckerhilfsarbeiter, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, des Zentralverbandes der Angestellten und des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände, hält einmütig die Beibehaltung der Kontingenzierung des Zeitungspapiers auch weiterhin, doreist wenigstens für das letzte Vierteljahr 1920, für durchaus notwendig.“ In der Begründung dieser Resolution wird gesagt: „Solange unser Wirtschaftsleben unter dem Druck schwerer Hemmungen steht und der lichen- und reibungslose Fortgang des Erzeugungsvorganges nicht sichergestellt ist, kann die Zwangsbewirtschaftung des Zeitungspapiers nicht entbehrt werden. Die ausreichende Beflieferung der Zeitungsdrukpapierfabriken mit Holzstoff und Zellstoffen, namentlich aber mit Kohle, und die Einfuhrnahme der Reichsregierung auf die Preisbildung, erscheint nur auf der Grundlage der Zwangsbewirtschaftung als gesichert. Deren Aufhebung im jetzigen Zeitpunkt könnte dahin führen, daß die größeren kapitalistritzigen Zeitungen in der Lage wären, die gesamte Papiererzeugung an sich zu ziehen, wodurch die mittleren und kleineren Blätter zum Erliegen gebracht werden müßten. Die Unsicherheit der gegenwärtigen politischen Lage, die Bedrohung der Kohlenbeflieferung durch die Bedingungen des Abkommens von Spa und durch die Zustände in Oberschlesien würden die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung im gegenwärtigen Zeitpunkt als eine Tat volkswirtschaftlicher Leichtfertigkeit erscheinen lassen, gegen die schärfster Widerspruch erhoben werden muß. Solange die Zwangsbewirtschaftung nicht zu entbehren ist, kann naturgemäß auf das Fortbestehen der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe nicht verzichtet werden.“

Banderolenfäher. In Degerau wurde ein Angestellter des dortigen Elektrizitätswerkes durch zwei Berliner Kriminalbeamte verhaftet. Sie beschlagnahmten eine Druckereierichtung, mittels der der Verhaftete, der im Bunde einer Schiebergesellschaft stand, Steuerbänderolen für Zigaretten fertigte und fälschte. Dem Schwindel kam man in Berlin, wo der Vertrieb der „Gesellschaft“ stattfand, auf die Spur. Aber erst durch Zufall wurde die Quelle entdeckt; die Druckerei „erlebte“ der Verhaftete aus der Kriegszeit. Schon lange lebte dieser auf großem Fuße, war dann und wann auf Reisen und oft zu Hause bis tief in die Nacht beschäftigt. Endlich erreichte den gewissenlosen Schädiger der Gemeininteressen seiner Volksgenossen die rächende Nemesis.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise im Juli 1920 nach Calwer. Nach den loeben veröffentlichten Mitteilungen des Wirtschaftsstatischen Bureaus von Richard Calwer erhöhte sich dessen Reichsindexziffer von 232,15 im Juni d. J. auf 252,38 Mk. im Juli. Für die einzelnen Monate seit Anfang 1914 verzeichnet die Calwerische Statistik folgenden:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Januar . . .	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	63,65	130,85
Februar . . .	25,20	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93	147,65
März . . .	25,68	32,90	48,47	54,69	57,10	67,30	167,60
April . . .	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13	69,65	189,78
Mai . . .	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70	224,78
Juni . . .	24,73	37,36	52,61	54,34	57,60	78,65	232,15
Juli . . .	25,12	38,16	53,47	55,26	58,11	82,21	252,38
August . . .	26,41	39,93	53,53	54,67	59,43	85,45	—
September . . .	26,14	39,93	53,55	57,37	60,84	95,67	—
Oktober . . .	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80	100,63	—
November . . .	27,86	43,86	52,92	55,49	62,49	108,83	—
Dezember . . .	28,72	45,83	53,21	54,49	62,96	114,65	—

Diese Feststellungen, die sich auf regelmäßige und ziemlich einheitliche Erhebungen in etwa 200 deutschen Städten stützen, legen auf der Grundlage der dreifachen Relation eines deutschen Markensoldaten, wie sie vor dem Kriege gewährt wurde. Die Kosten dieser Wochenration betragen im Juli 1914 nicht ganz den zehnten Teil des heute dafür nötigen Betrags, nämlich 25,12 Mk. Man kann also im allgemeinen sagen, daß die Ernährung, wie sie im Frieden üblich war, heute zehnmal mehr kostet als vor dem Kriege. Wie rapid im laufenden Jahre die Indexziffer für die Ernährung gestiegen ist, wird daraus ersichtlich, daß im Januar die Wochenration sich noch auf 130,65 Mk. stellte. In sieben Monaten haben sich deren Kosten also fast verdoppelt. Gegenwärtig dürften sie sogar schon mehr als das Doppelte des Januarbetrags ausmachen.

Die Kosten der Lebenshaltung in Leipzig. Nach den vom Statistischen Amte der Stadt Leipzig unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Grob- und Kleinhandels angestellten Berechnungen betrug der Mindestaufwand einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren bestehenden Familie in je vier Wochen für alle wichtigsten Lebensbedürfnisse (ohne Neuananschaffungen von Kleidung):

vom 26. 7. bis 22. 8. 20	124,77	also im Wochendurchschnitt	31,175 Mk.
„ 2. 8. „ 29. 8. 20	125,4	„	31,350
„ 9. 8. „ 5. 9. 20	125,8	„	31,450
„ 16. 8. „ 12. 9. 20	125,8	„	31,450
„ 23. 8. „ 19. 9. 20	126,2	„	31,550

Internationaler Gewerkschaftskongress. Die Tagung des internationalen Gewerkschaftskongresses wird nicht in Brüssel, sondern in London erfolgen; sie wird am 22. November beginnen. Der Kongress wird sich mit der internationalen Notlage und der Wirtschaftskrise beschäftigen.

Briefkasten

E. A. in B.: In Nr. 99, zweite Seite, zweiter Absatz, haben wir erneut zum Ausdruck gebracht, daß wir weiterhin die Befreiung der Meinungsfreiheit „auch und unbedingte oder völlig freie Meinungsäußerung“ auch ferner ablehnen. Auf Ihren Artikel tr. 2. 1. erliche durch und das zweite noch später zu, als in jener Nummer die Charakterisierung lautet. Also in aller Form abgelehnt. — W. W. in S.: Binnet Aufnahme. — P. in B.: Binnet sich vielseitig

* „Korr.“ Nr. 96: „Die Druckereistilllegungen.“
 ** „Korr.“ Nr. 86: „Reichswirtschaftsrat gegen Stilllegung von Betrieben.“
 *** „Volksblatt“, Göttingen, Nr. 31 vom 2. September 1920: „Produktion und Erwerbslosigkeit.“

für eine Johannesehrung. Mit würden die Einwendung aber schon aus dem Grunde nicht aufheben, weil sie mit Zerstörung gefahren ist. Nachdem in letzter Zeit mehrmals ganz bestimmte Erfahrungen darüber abgegeben sind, wird kategorisch danach gehandelt. — D. B. in N.: Sie werden noch einmal zu Worte kommen; es gilt das im „Briefkasten“ voriger Nummer S. 5. Gefolge jedoch auch für Sie und C. E. — C. B. in N.: Diese Auslandsliste befragt abermals, daß der Krieg überall große Feuerung hervorgerufen hat, die weiteren Feuerungsanlagen immer wieder voraussetzt. Die ausgesprochenen Gedanken über Völkervereinigung sind gute; ihrer Verwirklichung fehlt aber hauptsächlich das Elgerbewußtsein einzigen. — M. B. in D.: Der Münchener fehlt nicht zu sagen, dieser Einspruch ist aber recht schwachbrüßig. — A. B. in N.: Ein einziger Zell; je mehr Einwendungen kommen und an Ausdehnung zunehmen, um so langsamer geht es mit der Verwirklichung. — G. S. in W.: Wollen den direkt Belegten überlassen, sich dazu zu äußern. — O. W. in Hannover: 7,60 Mk. — P. A. in Koblenz: 3,20 Mk. — A. B. in Trier: 2,60 Mk. — P. A. in Mülheim: 3,20 Mk.

Adressenveränderungen

Paffau. Vorsitzender: Max Wolf, Theresienstraße 26.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Otto Rückborn, geb. in Anglingen 1901, ausgl. in Bismark (Provinz Sachsen) 1918; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüfer in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.
 Im Luzern der Schweizerdegen Paul Seih, geb. in Madles (Müllheimberg) 1901, ausgl. bei. — Emil Verchold in Luzern, Turgenstraße 15.
 Im Gau Nordwest der Schweizerdegen Bruno Caspers, geb. in Krenpel 1897, ausgl. bei. 1915; war schon Mitglied. — Franz Zischer in Bremen, Vorurstraße 26 I.

Veranstaltungskalender

Berlin. Maschinenseherquartalsversammlung Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2.
 Chemnitz. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 1½ Uhr, in der „Patria“, Reilbahnstraße.
 Frankfurt a. M. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Kempffbräu“, Main-keil 33.
 Kilden-Benrath. Versammlung Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9 Uhr, im „Bolschhause“ zu Kilden.
 Leipzig. Korrektorenversammlung Montag, den 11. Oktober, abends 6½ Uhr, in der „Goldenen Säge“, Dresdner Straße.

Mannheim. Allgemeine Maschinenseherversammlung (Mülheimische Maschinensehervereinigung, Zeitschrift Monatshefte, Monatshefte und Monatshefte), Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im „Prinz Max“, H 3, 3.

Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker

Preis V (Barnen)

Bei dem unterzeichneten Gehilfenvertreter sind bis Mitte September an Tarifebeiträge für das Jahr 1919 eingegangen:

Vortrag vom Jahre 1918	38,06 Mk.
Vom Gau Bayern des Verbandes für 5139 Mitglieder	2569,50 "
Vom Bezirksverein des Gutenbergbundes:	
München	38,50 "
Münster	8,- "
Regensburg	9,- "
Würzburg	17,- "

Von einzelführenden Gehilfen: Ernst Wilhelm in München; Burkard Rhein, Heilmann und Zanglein in Würzburg; Strilmatler, Haid und Haring in Gmündstadt. 4,50 "

Summe der Einnahmen 2634,56 Mk.

Bereits abgaben wurden:

Für die Arbeitsnachweise in Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg	1287,52 Mk.
Für die Schiedsgerichte in Augsburg, München, Nürnberg und Regensburg	575,60 "
Kosten der Kreisamtsung am 25. und 26. Oktober 1919 in München	816,50 "

Summe der Ausgaben 2679,62 Mk.

Verbleibt ein Kassenbestand von 4,94 Mk.
 München, 24. September 1920.
 Hans Kemmerich, Gehilfenvertreter.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammiloplag 5 II.
 Fernsprecher: Alti Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Ostpreußen und Gau Westpreußen (Stilck des Korridors). Am 1. Oktober tritt das westpreußische, deutschverbundene Verbandsgebiet Stilck des Korridors zum Gau Ostpreußen über. Wir begrüßen die Kollegen bei ihrem Eintritt in unsern Gau auf das herzlichste. Verbandsbeiträge einschließlich Extrabeitrag von 1 Mk. und 30 Pf. Gabeltrag sind an den Gauverwalter W. Krause, Königsberg i. Pr., Farenheidestraße 22 III, ab 26. September einzufenden. Der Gauvorstand. S. Kelsner.



Langenscheidt's Taschenwörterbücher

mit Angabe der Aussprache nach der Methode Toussaint-Langenscheidt. Die preiswertesten und zuverlässigsten Nachschlagewerke für alle wichtigeren Sprachen. Enthalten jedes wichtigere Wort, das bei der Konversation, bei der Lektüre, beim Schreiben eines Briefes, in der Schule usw. gebraucht wird. — Ausführliches Verzeichnis: TV 39 kostenlos. Einzelbände 12 Mk., Doppelbände 23 Mk. und 20 Proz. Sortimentsaufschlag. Preise freibleibend. — Durch jede Buchhandlung zu beziehen oder direkt von der :

Langenscheidt'schen Verlagsbuchhandlung (Professor G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30.

Die billigste Art, dauernd gute Druckwalzen zu haben, geschieht durch den Gebrauch des

„Alkohol“

Das öftere Umgleichen der Walzen wird erspart. Bei harter Auflage braucht man tagsüber weder Form noch Walzen zu reinigen. Man verlange Prospekt. Preis pro Stk 30 Mk. ab Fabrik. Probeforderungen, für 2-3 Maschinen reichend, porto- und spesenfrei 12 Mk. Chemische Fabrik für Buchdr.-Bedarfsartikel Karl Eich, Leipzig-Gellertshausen.

Richter & Schaffernicht

Johannistafel 10 Leipzig Königstraße 5
 Fernsprecher Nr. 7883. Telegrammadresse: Gekmaschine.

Erfahrte-Fabrik für Segmaschinen

Tustleranfall / Felmechanik und Maschinenbau für das graphische Gewerbe / Gründliche Neuaufarbeitung aller Segmaschinen sowie spielender Matrizen usw.

Sämtliche Reparaturen. Anfertigung von Gießformen, Einfaßbüchsen, Ausstoßplatten, Spaltenheben, Gießern, Spigen, Blechen, Kolben, Zentrierstiften, Stahlfedern usw.

Aufarbeitung von Monotypeninstrumenten. Autogen-Schweißerel. Gewissenhafte Ausführung von Montagen und Umzügen; Stiften leichweise verfügbar. Kauf und Verkauf von gebrauchten Maschinen. Spezialmonteure jederzeit zur Verfügung.



Achtung! Maschinenseher! Maschinensehervereinigung im Gau Hannover

Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet in Hildesheim, im Restaurant „Georgspark“, Am Dammor, ein

Maschinenseheritag. Referent ist der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege Bierath. Thema: „Die Sparten und die kommenden Tarifberatungen“. Es ergeht hiermit der dringende Ruf an alle Kollegen, an dieser äußerst wichtigen Veranstaltung teilzunehmen. Auch Kollegen aus den benachbarten Gauen sind herzlich eingeladen.
 Der Vorstand. J. A. G. Eckenbach, Vorsitzender. Hannover, Böhmstraße 47.

Brieflicher Kalkulationsunterricht

in Drucksachen wird streng nach Tarif erteilt. Auch werden Drucksachekalkulationen sofort und direkt ausgeführt. [208]
 Kalkulationsbureau Valentin Urbogast, Greiburg i. Br., Schwarzwaldfstraße 91.

Geht wahr! Junger, streblamer, solter im Klitzberg, Angelegenheit Katalog und Verfahr vollkommen erfahren, suchst sofort Stellung. Angebote erbitte [219] G. Danghoff, Perleberg, Begunnenstraße 36.

Maschinenseher

(Typograph Modell A) welcher eventuell auch im Satz und Druck bewandert ist, suchst sich bis 15. Oktober zu verändern. [219] Eugen Müller, Roth b. Nürnberg, Alleestraße 303½.

Schweizerdegen

24 Jahre alt, in allen Saharten bewandert, in noch ungeklärter Stellung, suchst sich zu verändern. Offerten unter R. S. H. 180 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schriftgießer

perfekt in allen vorkommenden Arbeiten der Schriftgießerei, wünscht seine Stellung zu verändern. Offerten unter Z. A. 220 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zurichter

in allen Teilen der Schriftgießerei vollständig verfahren, wünscht seine Stellung zu verändern. Offerten unter „Mechaniker 221“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schriftgießer

perfekter Komplettmalchmengenleger sowie an Handmaschine bewandert, wünscht seine Stellung zu verändern. Offerten unter K. O. 224 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Jener Setzer, der auf Fortschritten: „Der Schriftsetzer im neuzeitlichen Druckereibetrieb“, Anhang: „Die Berufspraxis des Setzers“, 3 Mk. frei. J. Seidel, Reutlingen, Mauerstr. 17. Postcheckkonto 19019 Stuttgart.

Die Zurichtung von Schrift-Platten- und Silbdeformen. Mit 3 Papiermustern für die Zurichtung Preis 1 Mk.

Verlag des D.-u. A. D. S. / Gmbh Leipzig, Salomonstraße 8 III Postfachkonto Leipzig 53430

Verheirateten Kollegen

bleie gute Vertretung an. Briefl. Anfragen an [165] M. Friebe, Leipzig-Stöckert, Arnoldstraße 9.

Musterjammlung

von hochmodernen Belegbüchern. Geschiedsarten, Programmen usw. zu kaufen gesucht. Gest. Angebote mit Preisangaben unter Nr. 217 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Hohen Verdienst haben Kollegen

durch Betrieb eines täglich gebrauchten Mittels. Warenproben gegen 3 Mk. (auch in Marken). [223]

K. Nehrke, Nordhausen a. S., Lindenstraße 4.

Eine Buchdruckerwerkstatt

Solchschnitt von Abraham von Werf, Formschneider, vielleicht holl. Herkunft, tätig 1640-1680, meist in Nürnberg, für 20 Mk. veräußlich. Neudruck für 30 Mk. veräußlich. [222] Karl Müller, Staff, Leipzigstraße 5.

Roulettes

für feinstes Kaffee empfiehlt [273] Max Wolf, Leipzig-Stöckert, Papiermühlstraße 5.

Maschinenband

Griedensqualität, liefern [663] Begner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Der Tätigkeitsbericht sowie die neuen, höchsten ausgetesteten, Belegungsdrucke der Gemeinshaft für Elternfreunde sind erschienen und in eleganter Mappe gegen Voreinsend. von 2 Mk. zu beziehen von Wendlers Buchverlag, Braunshweig; Postfachkonto Hannover 23416. Nachnahme unzulässig. Orientierungsplan kostenlos.

Freisäge

zu kaufen gesucht. [225] Begner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Zigaretten

empfehle folgende [226] Niekamarken (ohne Mundh.): Gutenberg A 100 Stück 19 Mk. do. B 100 „ 27 „ do. C 100 „ 32 „

Sämtliche Marken reise, hübscher, goldgelber Tabak, große volle Gassen. Gutenberg A kann nur mit anderer Sorte (B oder C) je 100 Stück geliefert werden. Bei 500 Stück franco. Viele Anerkennungen! Ein Versuch überzeugt! Tabakwarenenverand Donius, [27] München, Schwanthaler Straße 63.

Karl Heinrich Gerber

aus Nürnberg, im Alter von 20 Jahren. [216] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliebschaft Nürnberg.

Dionysius Looser

aus Oberlahnstein, im Alter von 42 Jahren. [215] Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Oberlahnstein, Bezirksverein Koblenz.

Paul Kiliem

im Alter von 20 Jahren. Sein echt holländischer Sinn sowie sein aufrechter Charakter sichern ihm bei uns ein dauerndes Gedächtnis. Ortsverein Mülheim (Ruhr).

Arno Jischack

aus Oßlich, im 24. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Trier.